



Rathaus-Report

November/Dezember_2007

Kniefall vor Vattenfall

Die SPD-Fraktion hat die Vereinbarung zwischen dem Senat und dem Stromkonzern Vattenfall über den Bau des umstrittenen Kohlekraftwerks Moorburg scharf kritisiert. „Der Senat ist vor Vattenfall in die Knie gegangen. Der Stromkonzern hat bekommen, was er wollte“, sagte SPD-Fraktionsvize INGO EGLOFF.

Mitte November haben sich der Energiekonzern Vattenfall und der CDU-Senat auf den Bau des Kraftwerks geeinigt. Vattenfall verpflichtete sich, zusätzlich in den Umwelt- und Klimaschutz zu investieren. Dafür erhielt der Konzern im Gegenzug eine Sofortgenehmigung für den Bau.

„Bevor das Thema Moorburg in der Bürgerschaft debattiert wird, schaffen Senat und Vattenfall Fakten. Das Handeln des Senats demonstriert eine ausgeprägte Arroganz gegenüber Bürgern und Parlament“, sagte SPD-Fraktionschef MICHAEL NEUMANN.

Mit 1600 Megawatt Kapazität wird Moorburg eines der größten europäischen Kohlekraftwerke sein. Jährlich wird allein diese Anlage fast so viel Strom produzieren wie in Hamburg verbraucht wird. Das

Kraftwerk wird die Atmosphäre mit bis zu acht Millionen Tonnen Kohlendioxid belasten. Das Klimaschutzprogramm des Senats sieht demgegenüber bis 2012 lediglich eine Einsparung von zwei bis 2,5 Millionen Tonnen CO₂ vor.

Um die Umweltschützer zu beschwichtigen, baut Vattenfall eine Luftwasserkühlung ein. Das Kühlwasser soll beim Rückfluss in die Elbe jetzt nur maximal drei Grad wärmer sein. Zudem kündigt der Konzern an, CO₂ aus den Abgasen filtern zu wollen.

Todesstoß für Klimaschutz

Falls die CO₂-Abscheideanlage 2015 nicht in Betrieb geht, verpflichtete sich Vattenfall zur Zahlung von jährlich 3,5 Millionen Euro in einen Klimaschutzfonds für einen Zeitraum von drei Jahren. Daneben soll die Fernwärmeleistung sich von 450 auf 650 Megawatt erhöhen.

Die Fachsprecherin für Umweltpolitik der SPD-Fraktion, Monika Schaal, bezeichnete die Vereinbarung als „Todesstoß für Hamburgs Klimaschutzanstrengungen. Wir wollen keine Dreckschleuder mitten in der Stadt. Wir wollen ein kleineres Gaskraftwerk - sauberer, mit

Inhalt

Titel: Kniefall vor Vattenfall	1
Aktuelles: Digitaler Wahlstift auf Halde – Mieter zahlen hohen Preis – Neue Pismahnung – Streitobjekt Schule – PUA legt Abschlussbericht vor	2-5
Position: Statement von Michael Neumann	6
Dialog: Paula-Karpinski-Preis 2007 verliehen	7
Aus der Bürgerschaft: Neuer Anlauf – Fehlende Chancengleichheit – Strafvollzugsgesetz beschlossen – Eindämmung der Jugendgewalt – Schutz vor Vernachlässigung	8-10
Hintergrund: Politischer Jahressrückblick 2007	11
Dialog: Neujahrsempfang der Fraktion – Randnotiz – Termine	12

Herausgeber:
Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion
in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst
Redaktion: Kathrin Flor
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de

höherem Wirkungsgrad und nur halb so viel CO₂-Ausstoß.“

Was Beust dem Unternehmen angeblich für den Klimaschutz abgerungen hat, seien Luftnummern. Angesichts der komplizierten Technik sei völlig unklar, wann die von Vattenfall versprochene CO₂-Abscheidung technisch anwendbar sei. „Diese Technologie steckt noch in den Kinderschuhen“, so Schaal. Zudem habe Vattenfall-Chef Jürgen Cramer betont, die Abscheidung müsse sich wirtschaftlich rechnen. „Wenn sie das nicht ist, wird sie nicht eingesetzt“, prognostizierte Schaal.

Weiterhin sei offen, welche Kraftwerke Vattenfall neben dem in Wedel vom Netz nehmen will. Auch der erhöhte Wirkungsgrad durch mehr Fernwärme sei fraglich. „Die Pläne für die Netzerweiterung in Richtung Harburg sind bei Vattenfall bestenfalls Gedankenspiele für die Zeit nach 2018“, betonte Schaal.

„Von Beust hat sich zum obersten Klimaschützer der CDU ausrufen lassen – und er ist mit schwammigen Absichtserklärungen des Stromriesen Vattenfall zufrieden, das Kohlemonster umweltverträglich auszurichten.“ Besonders empört ist die Umweltpolitikerin darüber, dass durch die Beust-Genehmigung die Monopolstellung des Unternehmens für die nächsten Jahrzehnte zementiert wird.

Die SPD strebt zur Versorgung Hamburgs einen umweltgerechten Mix aus Kohle, Gas und regenerativen Energien an. Der Ausbau soll sich am Bedarf der Stadt und der Region orientieren: „Wir plädieren seit langem für eine norddeutsche Kooperation in der Energiepolitik. Das bezieht auch die Frage ein, wie hoch der Gesamtbedarf an Energie in unserer Region ist“, so Egloff.

PRESSESPIEGEL

„Die Wähler senden widersprüchliche Signale aus und erhöhen so die Unsicherheit der politischen Akteure und die Spannung aller. Weder die CDU allein noch Rot-Grün hätte nach den aktuellen Umfragen eine Mehrheit. Rechnerisch möglich sind derzeit nur die Varianten, die beim Wähler am unbeliebtesten sind: ein schwarz-grünes Bündnis und die Große Koalition.“ Hamburger Abendblatt vom 8. Dezember 2007

„Der Drops ist noch nicht gelutscht. Wie die Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 ausgeht, ist offener denn je.“ Hamburger Morgenpost vom 8. Dezember 2007

„Keine Mehrheit für niemanden.“ taz vom 8. Dezember 2007

„Den Machtkampf der Großbürger geht von Beust derzeit noch verhalten an. Seine Taktik: die heiße Phase schön kurz halten, den Herausforderer möglichst nicht erwähnen und ansonsten der SPD mit Investitionen und Ankündigungen in den Bereichen Verkehr, soziale Stadtentwicklung, Innere Sicherheit und Klimapolitik die Wurst vom Wahlkampfsteller ziehen.“ Die Welt vom 5. Dezember 2007

„Das Kraftwerk Moorburg ist für den Hamburger Klimaschutz Gift. Nur mit dem Blick aufs Ganze lässt sich das Kraftwerk ökologisch rechtfertigen.“ Hamburger Abendblatt vom 15. November 2007

„Atom und Kohle dienen nicht ökologischen Notwendigkeiten, sondern einzig ökonomischen Begehrlichkeiten.“ taz vom 16. November 2007

„Von Beust stärkt mit dem Zuschlag für Vattenfall die marktbeherrschende Stellung eines der vier Energieriesen.“ Flensburger Tageblatt vom 16. November 2007

Digitaler Wahlstift auf Halde

Die Vorsitzenden der drei Bürgerschaftsfraktionen haben sich nach intensiven Beratungen darauf verständigt, dass der digitale Wahlstift bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 noch nicht zum Einsatz kommen wird. Stattdessen werden die Hamburger mit einem konventionellen Stift ihre Stimme abgeben.

In einer Anhörung des Verfassungsausschusses hatten Experten Vorbehalte gegen eine hundertprozentige Sicherheit des Wahlstiftes geäußert. Zudem demonstrierte der Chaos Computer Club im Vorfeld öffentlichkeitswirksam, wie Wahlfälscher den Wahlvorgang manipulieren könnten.

Die Bürgerschaftswahl wäre die weltweit erste Abstimmung gewesen, bei der der Wahlstift eingesetzt worden wäre. Ziel war es, trotz des komplizierten neuen Wahlrechts noch am selben Abend ein vollständiges Ergebnis vorliegen zu haben. Eine kleine Kamera im digitalen Wahlstift sollte die angekreuzten Wahlvorschläge anonym speichern und über eine feste Leitung auf einen PC übertragen.

Angesichts der Möglichkeit, fünf Stimmen für Wahlkreisandidaten anzuhäufen oder zu verteilen, müssen nun Tausende von Wahlhelfern mühsam Hand anlegen. Bis zu drei Tage wird die Auszählung der Wahlkreisstimmen vermutlich dauern. Anstelle von 11.000 werden rund 15.000 Wahlhelfer vonnöten sein. Am Wahlabend selber wird die Erststimme ausgezählt werden, so dass zumindest die Mehrheitsverhältnisse im Rathaus klar sein dürften.

Offen bleibt, ob der Wahlstift im Testlauf und bei späteren Wahlen zum Einsatz kommt. „Ich will den

digitalen Wahlstift nicht in die Ecke stellen und sagen, das geht nie“, meinte die verfassungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **BARBARA DUDEN**.

Umfragen sehen die SPD derzeit bei 33 Prozent, die CDU erreicht 40 bis 44 Prozent, die GAL 13 Prozent, die Linkspartei zwischen fünf und sieben. Die FDP wird den Einzug in die Bürgerschaft mit konstant drei Prozent wohl verpassen. Ausschlaggebend werden die noch unentschiedenen Wähler sein. 35 Prozent der Hamburger sagten zwei Monate vor der Wahl, sie hätten sich noch nicht für eine Partei entschieden.

Infos zum Wahlrecht gibt es im Internet unter www.24-februar.de. Fragen an die Kandidaten lassen sich stellen unter www.kandidaten-watch.de.

Mieter zahlen hohen Preis

Die Mieten sind in Hamburg laut Mietenspiegel in den vergangenen zwei Jahren um durchschnittlich 4,3 Prozent gestiegen. „Die Steigerung ist eine schlechte Nachricht für die vielen Menschen, die in Hamburg auf günstige Wohnungen angewiesen sind“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, **JAN QUAST**.

Seit 2003 sind die Mieten in Hamburg in drei Schritten um insgesamt 11,5 Prozentpunkte gestiegen. 2003 gab es eine Steigerung um 5,1 Prozent, 2005 um 2,1 Prozent und 2007 um 4,3 Prozent. Der Mietenspiegel spiegelte das Versagen des Senats in der Wohnungsbaupolitik wider, so Quast. „Seit Jahren weigert sich der Senat, in der Wohnungsbaupolitik spürbar umzusteuern und den Neubau von Wohnungen zu forcieren. Die Mieterin-

nen und Mieter zahlen jetzt den Preis für Versäumnisse des Senats in der Wohnungsbaupolitik.“

Skeptisch reagierte die SPD-Fraktion auf die Ankündigungen von Bausenator Axel Gedaschko, den Wohnungsbau stärker ankurbeln zu wollen. „Das plötzliche Engagement des Senats macht misstrauisch. Offenbar soll der Eifer von den Versäumnissen der Vergangenheit ablenken“, so Quast.

Verfehlte Wohnungsbaupolitik

Die Gründe für steigende Mieten seien hausgemacht. Der Senat habe mit seiner verfehlten Wohnungspolitik der vergangenen Jahre dazu beigetragen, das Angebot an bezahlbaren Wohnungen in der Hansestadt zu verknappen. Neben einer schwachen Förderung des sozialen Wohnungsbaus spiele vor allem der überbezahlte Verkauf städtischer Grundstücke an Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften eine entscheidende Rolle für die seit mehreren Jahren viel zu geringen Baufertigstellungen.

„Wenn über Jahre hinweg nur etwa halb so viele Wohnungen gebaut werden, wie eigentlich in dieser Stadt benötigt werden, ist es eine logische Konsequenz, dass gerade Menschen mit niedrigem Einkommen und Normalverdiener es immer schwerer haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden“, sagte Quast. Er forderte den Senat auf, eine Initiative zur Belebung des Wohnungsbaus zu starten. Das städtische Unternehmen SAGA GWG sollte „statt 500 Millionen Euro an den Haushalt abzuführen, seine Möglichkeiten nutzen, etwas für mehr Wohnraum in Hamburg zu tun“, forderte Quast. Der aktuelle Mietenspiegel ist im Internet unter www.mietenspiegel.hamburg.de abrufbar.

NEWS

Wachsende Ausgaben

Nach der angekündigten Nullverschuldung hat der Senat seine Finanzplanung für die nächsten Jahre aktualisieren müssen. „Trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe wird sich das Haushaltsdefizit 2007 gegenüber 2006 verdreifachen“, sagte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Walter Zuckerer**. Erst 2011 soll die Finanzierungslücke wieder unter das Niveau von 2006 fallen.

Verspätetes Verbot

„Zu spät für viele Messeropfer auf dem Kiez“ – so hat die SPD-Fraktion auf den Senatsbeschluss zu den Waffenverbotszonen reagiert. „Nagel entlarvt sich als Last-Minute-Aktivist“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Andreas Dressel**. Der CDU-Senat habe ein Waffenverbot zunächst nicht gewollt und lange gezögert, obwohl an fast jedem Wochenende Menschen Opfer von Messerattacken auf dem Kiez wurden.

Aus für Olympia

Die SPD-Fraktion hat sich enttäuscht von der Entscheidung des Bürgermeisters gezeigt, die Olympia-Ambitionen Hamburgs zu begraben. „Das ist eine fragwürdige Entscheidung und eine Ohrfeige für alle sportbegeisterten Menschen unserer Stadt“, sagte der sportpolitische Sprecher, **Jürgen Schmidt**.

Kompetenz statt Noten

Die SPD-Fraktion hat den Kurswechsel der CDU im Streit um die unterschiedliche Behandlung von behinderten und nicht behinderten Kindern in Integrationsklassen begrüßt. Schulen können künftig auf Noten verzichten, wenn sie stattdessen sogenannte Kompetenzraster erstellen. „Eine Wende um 180 Grad“, so der schulpolitische Sprecher der SPD, **Wilfried Buss**.



Neue Pisa-Mahnung

Das deutsche Schulsystem hat sich den Ergebnissen der neuen Pisa-Studie zufolge nur leicht verbessert. „Die Ergebnisse belegen, dass sich etwas tun muss, wenn wir die deutsche Schullandschaft aus der Mittelmäßigkeit herausholen wollen“, sagte der schulpolitische Sprecher der Fraktion, WILFRIED BUSS.

Bei den Naturwissenschaften konnten Deutschlands Schüler zulegen. Hier schnitten sie mit 516 Punkten über dem OECD-Durchschnitt von 500 Punkten ab. Im Bereich Lesen (495 Punkte, OECD-Durchschnitt 492) und im Bereich Mathematik (504 Punkte, OECD-Durchschnitt 498) können die deutschen Schüler dagegen kaum Fortschritte vorweisen.

Erhebliche Mängel bescheinigt die Studie Deutschlands Bildungssystem erneut bei den Bildungschancen. Diese hängen noch immer von der sozialen Herkunft ab. Vor allem Kinder mit einem Migrationshintergrund sind laut Studie in keinem anderen Industriestaat der Welt so benachteiligt wie in Deutschland. Sie liegen mit ihren Lernleistungen im Schnitt knapp zweieinhalb Jahre hinter den Leistungen von Mitschülern deutscher Herkunft zurück.

Erschreckend sei die weiterhin bestehende Chancenungleichheit im deutschen Bildungssystem, sagte Buss. „Ob ein Kind in der Schule Erfolg hat, hängt nach wie vor in erheblichem Ausmaß von Finanzlage und Sozialstand seiner Eltern ab. Das ist das eigentliche Defizit des deutschen Bildungssystems.“ Ein erhebliches Risiko sei auch das noch immer nicht gelöste Problem der Integration von Migrantenkinder in das deutsche Schulsystem.

Wenn die Pisa-Ergebnisse für Deutschland schon eine große Herausforderung darstellen, so potenzieren sie sich in der Großstadt Hamburg noch: Gehören bundesweit circa 20 Prozent der Schüler zu der Risikogruppe, ist in Hamburg diese Gruppe mit rund 30 Prozent deutlich größer.

„Der CDU-Senat reagiert auf diese Probleme völlig unzureichend“, so Buss. „Er hat versäumt, für eine attraktive Schule mit guten Ergebnissen der Hamburger Schülerinnen und Schüler zu sorgen.“

Streitobjekt Schule

Hatten sich Hamburgs Bildungspolitik in der Enquete-Kommission noch sachlich dem Thema Schulstruktur gewidmet, arbeitet die CDU im Wahlkampf nun bewusst mit Fehlinformationen. „Einen Lügen-Wahlkampf der CDU werden wir nicht hinnehmen“, sagte der SPD-Fraktionsvize INGO EGLOFF.

Mit ihrer Kampagne „Ich kämpfe für meine Schule“ unterstellt die Union den Sozialdemokraten, Gymnasien zugunsten einer Einheitschule abschaffen zu wollen. „Die CDU schürt Ängste unter den Eltern, um von ihrem Versagen in der Schulpolitik abzulenken“, sagte Egloff. „Große Klassen, weniger Lehrer, Bildungs-Gebühren, schlechte Abschlussquoten und eine überforderte Schulsenatorin – das ist die Schulpolitik des CDU-Senats.“

Mit der SPD werde es keine Zerschlagung der Gymnasien geben, stellte Egloff nochmals klar. Die SPD hat sich gemeinsam mit der CDU festgelegt, die Hauptschulen abzuschaffen. „Es werden Stadtteilschulen gegründet, die als Ganztagschulen konzipiert sind. Auch Gymnasien können sich an der Grün-

Pisa-Platzierung der deutschen Schüler:

unter allen 57 Teilnehmern	Rang
Naturwissenschaften	13
Lesen	18
Mathematik	20
unter den 30 OECD-Staaten	
Naturwissenschaften	8
Lesen	14
Mathematik	14



derung von Stadtteilschulen beteiligen“, erläuterte Egloff. „Dies geht aber nur gemeinsam mit den Eltern. Ich gehe davon aus, dass es ein Nebeneinander von Stadtteilschulen und Gymnasien geben wird. Die Frage, für wie lange, liegt dabei in den Händen der Eltern.“

Perspektivisch strebt die SPD eine Schule für alle nach dem erfolgreichen skandinavischen Modell an. „Das bedeutet aber nicht, dass wir gegen den Willen der Eltern ein Gymnasium schließen oder umwandeln werden. Gerade Schulpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf breite Akzeptanz stößt“, so der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **WILFRIED BUSS**. Die SPD unterstützt daher auch nicht die laufende Volksinitiative zur Einführung einer „Schule für alle“.

Elternwillen respektieren

Es sei „an Frechheit kaum zu überbieten, dass sich die Schulsenatorin als vermeintliche Retterin der Gymnasien produziert. Die einzige Partei, die kürzlich zwei Gymnasien in Hamburg dicht gemacht hat, ist die CDU“, sagte Buss. Er erinnerte an das Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek und St. Georg.

Buss machte deutlich, dass sich die Gymnasien den schwierigen Anforderungen besser stellen müssten. Zurzeit gehen 50 Prozent der Schüler ins Gymnasium, aber nur 27 Prozent erreichen hier auch das Abitur. „Gymnasien dürfen bei einem Leistungstief eines Schülers diesen nicht gleich abschulen, sondern müssen ihn individuell fördern“, forderte Buss.

Die SPD-Fraktion werde dazu beitragen, dass „jedes Kind mehr Aufstiegschancen erhält - an den Stadtteilschulen und am Gymnasium“, betonte Buss. Dazu gehörten auch eine bessere Förderung der

Schüler, motivierte Lehrkräfte und die Abschaffung von Gebühren.

PUA legt Abschlussbericht vor

Die Bürgerschaft hat Mitte Dezember den Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße debattiert. SPD-Obmann **THOMAS BÖWER** warf Sozialsenatorin **Birgit Schnieber-Jastram** Versagen vor.

Sie Senatorin habe Missstände und Rechtsbrüche im Heim ignoriert, vertuscht und geleugnet, sagte Böwer. Sie sei „Hauptverantwortliche für eine Reihe von Rechtsbrüchen“ in der geschlossenen Einrichtung. Insassen, Mitarbeiter und Sicherheitspersonal seien Opfer von Gewalt in der Einrichtung geworden. Die Vorgänge in der Einrichtung seien ein „absurdes Desaster. Die verantwortliche Senatorin hat sich nie um Jugendliche und Beschäftigte gekümmert“, so Böwer.

Der Untersuchungsausschuss hat mehr als zwei Jahre lang die Verantwortlichkeiten für Missstände in dem Heim aufzuklären versucht. Auslöser waren unter anderem Berichte, nach denen Minderjährige ohne richterlichen Beschluss mit Psychopharmaka behandelt und ihrer Freiheit beraubt worden seien. Zudem kam es ständig zu Fluchtversuchen. Bis heute steht die geschlossene Unterbringung größtenteils leer.

Die Vorlage des Abschlussberichtes hatte sich verzögert, weil kurzfristig Ex-Innensenator **Ronald Schill** aus dem selbst gewählten südamerikanischen Exil aufgetaucht war. Seine Vernehmung bestätigte die desolate Lage, ohne neue Erkenntnisse zu bringen.

INITIATIVEN

Lärmschutz

Die SPD-Fraktion macht sich für die lärmgeplagten Anlieger der Güterumgebungsbahn stark. „Hier sollte es auch in Wahlkampfzeiten keine Parteien-Scharmützel geben. Deshalb unterstützen wir den CDU-Antrag zum Lärmschutz“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, **Jan Quast**. Unverständlich und bedauerlich sei allein, dass die CDU einem in der Zielsetzung identischen SPD-GAL-Antrag nicht bereits vor zwei Monaten zugestimmt hat.

Antidiskriminierung

Der justizpolitische Sprecher der Fraktion, **Rolf-Dieter Klooß**, hat sich für die Einrichtung einer Fachstelle gegen Diskriminierung ausgesprochen. „Wenn wir das Antidiskriminierungsgesetz ernst meinen, brauchen wir eine Stelle, an die sich von Diskriminierung Betroffene wenden können.“

Sonntagsrettung

Die SPD-Fraktion hat die Forderung aus der Handelskammer zurückgewiesen, die Bestimmungen des Ladenöffnungsgesetzes aufzuweichen. „Die Handelskammer blendet die Situation der im Einzelhandel Beschäftigten aus“, sagte Fraktionsvize **Gesine Dräger**. Sie mahnte, die persönlichen Belange der Beschäftigten nicht außer acht zu lassen.

Kinderrechte

Die SPD-Fraktion hat anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte Mitte November die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz gefordert. „Kinder haben einen Anspruch darauf, dass sie die bestmöglichen Bedingungen für ihr Aufwachsen bekommen. Dazu gehören insbesondere die Rechte auf Förderung, Bildung und kindgerechte Lebensverhältnisse“, erklärte die familienpolitische Sprecherin, **Carola Veit**.



AUS DER FRAKTION

ROLF-DIETER KLOOß nahm am 5. November an einer Podiumsdiskussion der Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten zum neuen Strafvollzugsgesetz in der Katholischen Akademie teil.

UWE GRUND ging am 10. November beim Bettlermarsch mit.

MONIKA SCHAAL war am 28. November Laudatorin auf der Veranstaltung „Klimaschutz an Hamburger Hochschulen - Preisverleihung und Perspektiven“ des Vereins „Neue Energie Hamburg“.

MICHAEL NEUMANN besuchte am 30. November die Feuer- und Rettungswache Wilhelmsburg.

BRITTA ERNST hielt am 5. Dezember einen Vortrag über das neue Wahlrecht beim Alsterbildungsring.

MONIKA SCHAAL nahm am 5. Dezember an einer Podiumsdiskussion des Gartenbauverbandes Nord teil.

UWE GRUND begleitete am 5. Dezember SPD-Spitzenkandidat Michael Naumann bei dessen Besuch des Osdorfer Borns.

CAROLA VEIT führte am 7. Dezember ein Gespräch mit Kita-Trägern.

GÜNTER FRANK war am 8. Dezember beim Infostand der SPD Meiendorf.

WILFRIED BUSS nahm am 9. Dezember an der Talkrunde „Bildung ist Menschenrecht“ der Türkischen Gemeinde in Hamburg teil.

JAN QUAST beteiligte sich am 11. Dezember an der Diskussion „Wohnen nur für Reiche“ im Dorothee-Sölle-Haus.

DIRK KIENSCHERF ist ab 17. Dezember in seinem neuen Abgeordnetenbüro im Schulenkweg 8 erreichbar.



„Den Wunsch erfüllen“

Fraktionschef Michael Neumann zur Antrittsrede Ole von Beusts als Bundesratspräsident

In seiner Antrittsrede als Präsident des Bundesrates sprach Herr von Beust Mitte November über Politiker und deren öffentliches Bild. Ein Zitat aus seiner Rede: „Die Leute sagen, der Euro sei ein Teuro. (...) Wir Politiker beziehen uns dann auf das Statistische Landesamt und rechnen vor, dass die Teuerung sehr moderat ausfalle. Dienstsiegel drauf, Diskussion amtlich beendet. Die Leute haben halt einfach keine Ahnung von höherer Mathematik. Dabei sind Dienstleistungen, Reinigung, Autoreparatur, Restaurantbesuche, Gas und Strom aber tatsächlich unglaublich teuer geworden.“

Schauen wir doch auf die Politik, für die Herr von Beust in Hamburg Verantwortung trägt. Beispielsweise auf das Thema Jugendkriminalität. Fast jedes Wochenende werden unschuldige Menschen zu Opfern von Messerstechereien und Gewalt in Hamburg. Die Antwort des CDU-Senats lautet: Statistisch ist die Kriminalität zurückgegangen. Und im übrigen seien 40 Opfer bei 300.000 Besuchern eine durchaus geringe Zahl. Es gebe gefährlichere Orte in der Welt. Da kann man doch nur sagen: „Dienstsiegel drauf, Diskussion amtlich beendet. Die Menschen haben halt keine Ahnung ...“

Gut, schauen wir uns den Verkauf unserer Hamburger Krankenhäuser an. Da stimmen 75 Prozent der Hamburger gegen den Verkauf des LBK. Herr von Beust erklärt, er werde dieses Votum der Menschen ernst nehmen. Verkauft, besser verschenkt den LBK dann aber doch. Weil es besser für die Stadt sei... Da kann man doch nur sagen: „Dienstsiegel drauf, Diskussion amtlich beendet. Die Menschen haben halt keine Ahnung ...“

Schauen wir uns das Wahlrecht an. Da beschließt die Mehrheit der Hamburger ein neues Wahlrecht. Was macht Herr von Beust? Er kassiert das Wahlrecht und verändert es bis zur Unkenntlichkeit. Selbst das Verfassungsgericht bescheinigt der CDU einen Verstoß gegen die Verfassung. Da kann man doch nur sagen: „Dienstsiegel drauf, Diskussion amtlich beendet. Die Menschen haben halt keine Ahnung ...“

Wollen wir über den Volksentscheid zur Verbindlichkeit von Volksentscheiden sprechen? Oder über die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, den Abbau von Bildungschancen für Zuwandererkinder, die Vorschulgebühren, die Studiengebühren, den Personalabbau bei der Hamburger Polizei oder bei den Lehrern? Vielleicht gilt da auch nur: „Dienstsiegel drauf, Diskussion amtlich beendet. Die Menschen haben halt keine Ahnung ...“

Wen oder was kritisiert Herr von Beust in seiner Bundesratsrede eigentlich? Möchte er sich als Nicht-Funktionär, als Nicht-Politiker inszenieren? Er, der seit dem 23. Lebensjahr in der Bürgerschaft sitzt. Ich glaube, Herr von Beust spricht über den Politikstil, den er in Hamburg eingeführt hat, für den er Verantwortung trägt. Für den es aber Zeit wird, dass er endlich wieder durch ernsthafte, an den Hoffnungen und Erwartungen der Menschen orientierte Politik abgelöst wird. Wie sagte Herr von Beust beim Verkauf des LBK doch so treffend: „Wem es nicht passt, der kann mich ja 2008 abwählen.“ Wir sollten ihm diesen Wunsch erfüllen.

Paula-Karpinski-Preis 2007 verliehen

Die SPD-Fraktion hat am 11. Dezember den diesjährigen „Paula-Karpinski-Preis“ verliehen. Vor den gut 150 Gästen im Kaisersaal des Rathauses gab die unabhängige Jury aus Experten und Journalisten ihre Entscheidung bekannt. „Mit dem Paula-Karpinski-Preis möchten wir junge Menschen anregen, ihre kreativen Fähigkeiten zu erproben“, sagte die Jugend – und familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Carola Veit.

Mit dem Paula-Karpinski-Preis fördert die SPD-Bürgerschaftsfraktion beispielhafte Projekte der Jugendhilfe. Der Wettbewerb im Jahr 2007 richtete sich unter dem Motto „Hier leben wir – Kinder und Jugendliche gestalten ihre Stadt“ an junge Hamburger, die eigene Ideen, Pläne und Projekte für ihr Quartier entworfen haben. Gefragt waren spannende und kreative Ideen zur Veränderung des Raums, in dem Kinder und Jugendliche spielen, wohnen und lernen. Dabei stand das eigene Machen, Planen und Gestalten von Lebensräumen im Vordergrund.

„Wir möchten unsere Wertschätzung zeigen für Engagement und Ideenreichtum in der Hamburger Kinder- und Jugendarbeit“, sagte Veit. „Demokratie fängt klein an. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können. Dass sie erleben, wie ihre Mitarbeit zu Veränderungen führt und Verbesserungen bringt.“

Den ersten Preis teilen sich das Haus der Jugend Rothenburgsort und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) für die Projekte „Kinder- und Jugendstraßentheater“ sowie „Stadtteil-TV für Kinder und Jugendliche“. In das Theaterprojekt des Hauses der Jugend sollen Kinder und Jugendliche mit deutschem und mit Migrationshintergrund ihre Lebenswelt und ihre

Erfahrungen einbringen. Ziel ist eine starke Anbindung an das eigene Viertel.

In den Räumen des ASB-Löwen-ARThauses in Rothenburgsort sollen monatlich unter Anleitung von Profi-Journalisten Sendungen für Kinder und Jugendliche der Stadtteile Rothenburgsort und Veddel produziert werden. „Aufgrund ihrer familiären Hintergründe sind die Kinder und Jugendlichen von soziokulturellen Aktivitäten oft ausgeschlossen. Diesen Zustand wollen wir ändern“, erläutert Rainer Micha, Bildungsreferent beim ASB und Projektleiter des Löwenhauses.

Dank für Engagement

Den zweiten Preis erhielt die Integrationsklasse 7d der Gesamtschule Harburg für ihre Kunst- und Wandmalprojekte. In Anlehnung an die Werke der Künstler Paul Klee und Friedensreich Hundertwasser hatten die Schüler Garagentore und den Flur ihrer Schule neu gestaltet. Das hohe Niveau der Projekte fand im Stadtteil wie bei Künstlern hohe Anerkennung.

Über den dritten Preis freute sich Samy David Schneider mit seinem Filmprojekt „pimp my city“. Zusammen mit Jugendlichen aus dem Stadtteil zwischen 13 und 25 Jahren, erarbeitete Schneider Vorschläge, wie Wilhelmsburg mit wenig Mitteln schöner, besser und attraktiver gestaltet werden kann. Der einstündige Film sollte ein möglichst authentisches Bild der Elbinsel vermit-



„Hier leben wir – Kinder und Jugendliche gestalten ihre Stadt“ – so der Titel des diesjährigen Preises.

teln und wurde im August dieses Jahres erstmals präsentiert.

Der Paula-Karpinski-Preis wird alle zwei Jahre verliehen und war auf den ersten drei Plätzen diesmal mit 2000 Euro, 1000 Euro und 500 Euro dotiert. Das Preisgeld bringen die Abgeordneten der SPD-Fraktion auf. Gesucht werden beim Paula-Karpinski-Preis besonders gute, praxisnahe und zukunftsweisende Lösungen zu aktuellen Fragen der Jugendhilfe. Die Projekte sollen zur Diskussion, Nachahmung und Weiterentwicklung anregen. Bewerben können sich alle Projekte und Einrichtungen in Hamburger Trägerschaft. Kinder und Jugendliche sollen bei der Konzeption und Darstellung der Beiträge beteiligt sein.

Der Preis erinnert an die 1897 geborene Paula Karpinski, die sich Zeit ihres Lebens für Kinder und Jugendliche einsetzte. Sie war von 1946 bis 1953 sowie von 1957 bis 1961 Jugendsenatorin und die erste Frau, die in der Bundesrepublik ein Ministeramt bekleidete. Sie trat für eine selbstbewusste Jugendarbeit ein und setzte Maßstäbe, die ihre Wirkung und Kraft bis heute entfalten. Karpinski starb am 8. März 2005 in Hamburg.



HIGHLIGHTS

„Ich kämpfe für eine absolute Mehrheit. Die Chance ist da.“ OLE VON BEUST (CDU)

„Hamburg steht vor der Entscheidung, ob die Stadt sozialer oder unsozialer regiert werden soll.“ INGO EGLOFF (SPD)

„Die Gesellschaft ist gerechter geworden. Der Weg, den wir in Hamburg gehen, ist grundsätzlich richtig.“ ALEXANDRA DINGES-DIERIG (CDU)

„Die CDU hat mit einem durchsichtigen Manöver versucht, den bildungspolitischen Kurs der SPD zu diskreditieren. Dieser Versuch ist gescheitert.“ INGO EGLOFF (SPD)

„Die SPD will lediglich den Namen ‚Gymnasium‘ erhalten, um die Eltern zu täuschen.“ ROBERT HEINEMANN (CDU)

„Bei einem solchen Streit um das politische Bekenntnis bleiben die Kinder auf der Strecke.“ CHRISTA GOETSCH (GAL)

„Hier kämpft nicht die CDU um das Überleben der Gymnasien. Hier fürchtet die CDU ihr politisches Ableben als Partei.“ BRITTA ERNST (SPD)

„Klimaschutz hört nicht an der Landesgrenze auf.“ OLE VON BEUST (CDU)

„Sie trauen sich nicht, zu Vattenfall nein zu sagen. Das ist politisch armselig.“ INGO EGLOFF (SPD)

„Das Kraftwerk ist ein Sieg der Vernunft, energiepolitisch wegweisend und wichtig für den Wirtschaftsstandort Hamburg.“ GUNNAR ULDALL (CDU)

„Sie rasen mit Volldampf in die energiepolitische Steinzeit. Kohleverstromung ist keine Brücken-, sondern eine Blockade-Technologie.“ CHRISTA GOETSCH (GAL)

„Das Kraftwerk ist der richtige Beitrag für Hamburg und für Deutschland.“ RÜDIGER KRUSE (CDU)

„Mit der Baugenehmigung setzt der Bürgermeister den Schlusspunkt hinter sein kurzes Zwischenspiel als Klimaschützer.“ MONIKA SCHAAL (SPD)

Neuer Anlauf

Die Initiative „Mehr Demokratie“ nimmt einen neuen Anlauf, um Volksentscheide für Senat und Bürgerschaft verbindlich zu machen. Der angestrebte Volksentscheid soll parallel zur Bundestagswahl 2009 stattfinden.

Der Volksentscheid „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ war im Oktober 2007 trotz einer Zustimmung von 75,9 Prozent gescheitert, da weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten mit Ja gestimmt hatten. „365.133 Hamburgerinnen und Hamburger haben jedoch ein überwältigendes Votum für mehr Demokratie und verbindliche Volksentscheide abgegeben. An diesem Votum kann die CDU nicht vorbeigehen“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, ANDREAS DRESSEL.

Die neue Volksinitiative wurde am 10. Dezember 2007 im Rathaus mit einem überarbeiteten Gesetzentwurf offiziell angemeldet. Optimierte wurden die Regeln für die Mindestzustimmung, nachdem die Prozentzahlen beim Volksentscheid zu Missverständnissen geführt hatten. Geblieben sind die im Volksentscheid vorgesehenen Regeln für die Verbindlichkeit von Volksentscheiden. Damit soll verhindert werden, dass Senat und Bürgerschaft gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit Volksentscheide aushebeln können.

Die erste Phase der neuen Initiative hat bereits begonnen. Bis Ende Februar müssen 10.000 Unterschriften gesammelt werden, um die erste Hürde der Volksgesetzgebung zu nehmen.

Zuvor hatte die SPD-Fraktion in der Bürgerschaftsdebatte zum Volksentscheid vom 14. Oktober der

CDU noch eine Rückkehr zum Verfassungskonsens angeboten: „Vor 2001 war es guter Brauch, Grundfragen der Demokratie in Hamburg gemeinsam anzugehen“, sagte Dressel. „Die CDU sollte aus ihrem Schützengraben herauskommen und mit uns zusammen nach einem Verfassungskonsens suchen.“ Der Innenpolitiker verwies auf die vom Bürgermeister erklärte Bereitschaft, über Teilfragen zu sprechen. Doch die CDU winkte ab.

Fehlende Chancengleichheit

In einzelnen Hamburger Stadtteilen gibt es dramatisch hohe Quoten bei den Schulabbrechern. „Die Hälfte aller Schüler ohne einen Schulabschluss kommt aus nur zehn von 103 Hamburger Stadtteilen“, sagte SPD-Schulpolitikerin BRITTA ERNST.

Seit Jahren stagniert die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss bei rund zwölf Prozent. „Ein skandalös hoher Wert“, so Ernst. Jedes Jahr verlassen circa 1800 Schüler die Schule ohne einen Abschluss. Besonders betroffen sind Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Lag ihre Quote im Jahr 2001 noch bei 28,6 Prozent, hat sie im Jahr 2006 mittlerweile 33,1 Prozent erreicht.

Dabei variiert die Zahl der Schulabbrecher je nach Stadtteil. Die Daten verdeutlichen eine Spaltung der Stadt. In Altona-Altstadt beispielsweise verlassen 40 Prozent die Schulen ohne einen Abschluss. Ähnlich dramatisch ist die Lage in Barmbek-Süd mit 37,7 Prozent, St. Pauli mit 34,3 Prozent oder Hamm-Mitte mit 33 Prozent. „In diesen Vierteln verlässt jeder dritte oder vierte Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Die Zahlen belegen die

großen sozialen Unterschiede in Hamburg, denen der Senat tatenlos zusieht“, sagte Ernst. Dem Senat sei es nicht gelungen, an dem „großen Skandal der Perspektivlosigkeit junger Menschen etwas zu ändern.“

Die SPD hatte in der Enquete-kommission Bildung das Ziel einer Halbierung der Anzahl der Schulabgänger angestrebt. Die CDU will die Anzahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss jedoch nur von zwölf auf zehn Prozent reduzieren.

Strafvollzugsgesetz beschlossen

Die Bürgerschaft hat mit CDU-Mehrheit Mitte Dezember das umstrittene neue Strafvollzugsgesetz für Hamburg verabschiedet.

ROLF-DIETER KLOOß, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, bezeichnete den Senatsentwurf als „überflüssig, falsch und schädlich“.

Seit der Föderalismusreform ist das Strafvollzugsgesetz Ländersache. Neun Bundesländer haben sich auf eine gemeinsame Regelung geeinigt, doch Hamburg wollte ein härteres Gesetz. Das von der CDU nun verabschiedete Gesetz erklärt den geschlossenen Vollzug zum Regelvollzug, betont stärker die Sicherheit als die Resozialisierung. Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern fasste die CDU zugleich den Erwachsenen- und den Jugendstrafvollzug in einem Gesetz zusammen.

Die SPD-Fraktion hat massive Kritik am neuen Gesetz geübt. Das Gesetz sei „überflüssig, weil es für Erwachsene ein funktionierendes Bundesgesetz gibt“, so Klooß. Es sei falsch, weil es in unzulässiger Weise Jugend- und Erwachsenenvollzug miteinander verknüpfe und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts

zuwider laufe. „Vor allem aber ist es schädlich, weil es den schon vollzogenen Schwenk zum reinen Verwahrvollzug in Hamburg zementiert. Dieses Gesetz konterkariert sein erklärtes Ziel, für mehr Sicherheit zu sorgen“, sagte Klooß.

Die Regelung Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug in einem gemeinsamen Gesetz ohne eine besondere Rücksichtnahme auf die Vollzugsform der Jugendhaft nannte Klooß verfassungswidrig. „Ein Entwurf, der den Jugendstrafvollzug zu einem bloßen Appendix des Erwachsenenvollzugs macht und nicht einmal einen eigenen Abschnitt für diese ganze eigene Vollzugsform vorsieht, entspricht nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.“

Er bedauerte gleichzeitig, dass die CDU einen von der SPD vorgelegten Entwurf eines Jugendstrafvollzugsgesetzes abgelehnt hat, der sich an einem gemeinsamen Entwurf von zehn anderen Bundesländern orientiert. „Die Hamburger CDU hat die Chance verpasst, Teil eines überparteilichen Konsenses der Vernunft zu werden“, sagte der Rechtsexperte.

Eindämmung der Jugendgewalt

Die Schlagzeilen über die Jugendkriminalität insbesondere auf dem Kiez haben den CDU-Senat zum Handeln veranlasst. Der Senat beschloss ein „Neun-Säulen-Konzept“ zur Eindämmung der Jugendgewalt. „Viele Senatoren – wenig Neues“, bewertete der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **ANDREAS DRESSEL**, das Programm.

Zum Konzept gehören unter anderem eine verstärkte Durchsetzung der Schulpflicht, eine Anzei-

NEWS

Abenteuerliche Hinhaltetaktik

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dirk Kienscherf, hat die Pläne für das neue Stadthaushotel in der Hafencity begrüßt, gleichzeitig aber Kritik an der Hinhaltetaktik des CDU-Senats geübt. „Vier Jahre lang sind diese engagierten Menschen mit abenteuerlichen Begründungen vertröstet worden.“ Im Stadthaushotel in der Hafencity sollen behinderte und nicht behinderte Beschäftigte gemeinsam arbeiten. Es wäre das größte integrative Hotel Europas.

Unklarer Weg

Für den stadtentwicklungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Jan Quast, werden die Versuche des Senats zur Anbindung der Elbphilharmonie zunehmend zu einer Farce: „Eine unterirdische U-Bahn-Haltestelle wird es nicht geben. Busse mit Konzertbesuchern und Touristen können nicht im näheren Umfeld der Konzerthalle halten, weil der Senat alle umliegenden Grundstücke teuer verkauft hat. Ersatz soll nun ein ungeschützter Fußweg bieten, den Konzertbesucher in Abendgarderobe klaglos nutzen, nur weil er besonders teuer ist?“

Falscher Schwerpunkt

Die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Karin Timmermann, hat Senat und CDU eine falsche Schwerpunktsetzung in der Verkehrspolitik vorgeworfen. „Kreisverkehre sind nützlich, ändern aber wenig am Grundproblem der Verkehrspolitik – dem täglichen Stau.“ Die Koordination von Baustellen sei enorm verbesserungswürdig, der Verkehrsfluss ebenso. Zuvor hatte der Senat mitgeteilt, er wolle in den kommenden Jahren 100 Straßenkreuzungen zu Kreisverkehren umbauen.



INITIATIVEN

Unbürokratische Versorgung

Die SPD-Fraktion fordert für Obdachlose in Hamburg einen vereinfachten Zugang zum Gesundheitssystem. „In Hamburg sterben jährlich 60 Menschen auf der Straße an Krankheiten, die leicht zu behandeln sind – eine schlimme Tatsache für unsere reiche Stadt“, sagte SPD-Sozialpolitiker Uwe Grund. Viele Obdachlose würden nach Auskunft von Hilfseinrichtungen an der Gesundheitsbürokratie scheitern, auch wenn sie Anspruch auf Mitgliedschaft in einer Krankenkasse hätten.

Solide Basis

Die SPD-Fraktion setzt sich für handlungsfähige und profilierte Museen mit einer wirtschaftlich soliden Basis in Hamburg ein. Die vom Senat geplanten Maßnahmen zur Entwicklung der Hamburger Museumsstiftungen seien die „falsche Weichenstellung“, so die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, Dorothee Stapelfeldt. „Für das jetzt offen zutage getretene Desaster bei den defizitär wirtschaftenden Museen trägt die Kultursenatorin den Hauptteil der Verantwortung.“

Barrierefreier Zugang

Die SPD-Fraktion will mit einer Initiative das Hamburger Rathaus uneingeschränkt für Behinderte zugänglich machen. „Wir wollen ein barrierefreies Rathaus, in dem sich auch Menschen problemlos bewegen können, die im Rollstuhl sitzen“, sagte der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Dirk Kienscherf. Eine Arbeitsgruppe solle mit den Planungen für nötige Schritte beauftragt werden.

genpflicht für Lehrer von Gewalttaten, die Stärkung der Verbindlichkeit erzieherischer Maßnahmen in der Schule und die Ausweitung polizeilicher Präventionsprogramme an Schulen. Zweieinhalb Millionen Euro will der Senat für die Umsetzung ausgeben.

„Die dringend notwendige Trendwende bei der Bekämpfung der Jugendgewalt wird so nicht gelingen“, sagte Dressel. „Gemessen an der Brisanz der Jugendgewalt und den Ankündigungen des Innensenators ist sein Konzept enttäuschend.“

Statt eines erfolgversprechenden Konzepts habe der Senat lediglich den „kleinsten gemeinsamen Nenner der Behördenegoisten“ verabschiedet. Nicht berücksichtigt wurde das Thema der Waffenbekämpfung oder die gewaltpräventive Medienpolitik. Die Verfahrensbeschleunigung bei Jugendstrafverfahren wurde ebenfalls ausgeblendet.

Ursachen verschärft

Dressel warf dem Senat Versagen bei der Bekämpfung von Jugend- und Gewaltkriminalität vorgeworfen. „Sechs Jahre hatte die CDU Zeit, ein Konzept zur Bekämpfung der Gewalt-, Messer- und Waffenkriminalität vorzulegen. Sechs Jahre hatte sie Zeit, der Jugendgewalt in Hamburg Herr zu werden. Dieses Versprechen wurde nicht eingelöst.“ Was für die Hamburger SPD der Hauptbahnhof war, drohe für die CDU der Kiez zu werden.

Bei der Ursachenbekämpfung von Kriminalität - Integrationsdefiziten, niedriger Bildungsstand und soziale Problemlagen – sei der Senat nicht weiter gekommen. „Der CDU-Senat hat die Ursachen für die soziale Spaltung in dieser Stadt sogar gefördert und gefährdet damit die Innere Sicherheit dieser Stadt“, so Dressel. Die SPD will ihren Antrag

„Handeln statt Reden gegen die zunehmende Jugendgewalt“ aus dem März 2007 aktualisieren und erneut in die Bürgerschaft einbringen.

Schutz vor Vernachlässigung

Die SPD-Fraktion hat eine weitere Initiative zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Verwahrlosung gestartet. Sie brachte erneut einen Antrag in die Bürgerschaft ein, um die regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen von Kindern – die so genannten U-Untersuchungen – verpflichtend zu machen.

Ferner wollen die Sozialdemokraten für Klarheit beim Personalbedarf der Allgemeinen Sozialen Dienste sorgen. Ein entsprechender einstimmiger Beschluss der Bürgerschaft zu dieser Forderung des Sonderausschusses „Vernachlässigte Kinder“ ist auch nach rund zwei Jahren nicht erfüllt worden.

Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, DIRK KIENSCHERF, forderte Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram erneut auf, ihre ablehnende Haltung gegenüber verpflichtenden ärztlichen Untersuchungen kleiner Kinder aufzugeben. „Der Hamburger Senat gerät mit seiner ablehnenden Haltung immer mehr ins Abseits“, sagte Kienscherf.

Er betonte, es sei für potenziell gefährdete Kinder ein nicht zu verantwortendes Risiko, weiter nach einem Königsweg gegen Kindsvernachlässigung zu suchen, den es möglicherweise gar nicht gibt. „Es geht darum, jetzt die möglichen Schritte zu tun, die das Risiko von Verwahrlosung und Vernachlässigung kleiner machen. Jeder noch so kleine Schritt in die richtige Richtung ist besser als weiteres Nichtstun“, so der Sozialpolitiker.

Politischer Jahresrückblick 2007

Das Jahr 2007 stand in der Hamburger Politik zunehmend unter dem Zeichen der herannahenden Bürgerschaftswahl. Die CDU verzichtete auf weitere soziale Grausamkeiten. Dennoch sinkt das Ansehen der Union in der Wählergunst. Hoffnungen auf Rot-Grün werden dagegen durch die Linkspartei getrübt, die erstmals in die Bürgerschaft einziehen könnte. Die erfreulichste Entwicklung wies im vergangenen Jahr der Arbeitsmarkt auf. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 89.849 auf 76.649 Ende November. Auch die Langzeitarbeitslosen profitieren allmählich vom Aufschwung am Arbeitsmarkt trotz der Tatenlosigkeit des CDU-Senats.

Januar 2007

- Die SPD-Fraktion legt einen 530 Seiten umfassenden Bericht zur Mettbach-Osmani-Affäre vor.
- Die Bürgerschaft verabschiedet ein Kinderlärm-Gesetz, damit Nachbarn keine KITAS mehr vertreiben.

Februar 2007

- Die Volksbegehren „Hamburg stärkt und Hamburg rettet den Volksentscheid“ laufen an.
- Die Enquête-Kommission Bildung beschließt die Abschaffung der Hauptschulen. Es soll in Hamburg künftig nur noch Gymnasien und Stadtteilschulen geben.
- Die SPD-Fraktion präsentiert einen Masterplan Klimaschutz.

März 2007

- Die Hamburger SPD kürt Michael Naumann zu ihrem Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im Februar 2008 und Ingo Egloff zu ihrem neuen Landesvorsitzenden.
- Die CDU akzeptiert das Volksbegehren „Hamburg rettet den Volksentscheid“. Unterschriften können wieder auf der Straße gesammelt werden.
- Die SPD-Fraktion legt ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Jugendgewalt vor.

April 2007

- Das Hamburgische Verfassungsgericht erklärt das von der

CDU verabschiedete Wahlrecht für in Teilen verfassungswidrig.

Mai 2007

- Die Bürgerschaft beschließt einen Schuldenstopp für Hamburg. Er soll ab 2013 gelten.

Juni 2007

- Die Zahl der Straftaten in Hamburg nimmt um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu.

Juli 2007

- Die Bürgerschaft beschließt mit CDU-Mehrheit das endgültige Wahlrecht für die kommende Bürgerschaftswahl.
- Ab 1. Januar 2008 ist das Rauchen in öffentlichen Gebäuden und der Gastronomie verboten. Die Bürgerschaft verabschiedet einstimmig ein Gesetz zum Schutz der Nichtraucher.
- Insgesamt 1960 Asklepios-Mitarbeiter machen von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch, das ihnen als ehemalige Beschäftigte des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zusichert.
- 1100 Studenten müssen die Universität Hamburg verlassen. Sie haben die vom CDU-Senat eingeführten Studiengebühren von 500 Euro pro Semester nicht gezahlt.

August 2007

- Bürgermeister von Beust ent-

deckt den Klimaschutz für sich. Hamburg soll Klima-Hauptstadt werden.

- Die SPD-Fraktion beantragt die Zahl der barrierefreien Haltestellen bis 2013 zu verdoppeln.

September 2007

- Das Rathaus lädt am 8. September zum Tag der offenen Tür ein. 17.000 Hamburger kommen.
- Die SPD-Fraktion fordert ein Heim-Gesetz mit Mindeststandards für die Pflege.
- An den bestehenden Hamburger Ganztagschulen sind in den vergangenen drei Schuljahren 41,4 Lehrerstellen gestrichen worden.

Oktober 2007

- Der Volksentscheid „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ scheitert an einer zu geringen Beteiligung.
- In einigen Stadtteilen verlassen rund 30 Prozent die Schule ohne einen Abschluss – hamburgweit zwölf Prozent. Dies ergibt eine Große Anfrage der SPD-Fraktion.
- Der Bund wird sich mit 126 Millionen Euro am Bau der U4 in die HafenCity beteiligen.

November 2007

- Das Monsterkraftwerk Moorburg wird gebaut. Bürgermeister von Beust knickt vor Vattenfall ein. Klima-Hauptstadt passé.
- Laut Mietenspiegel sind die Wohnungen in Hamburg in den vergangenen zwei Jahren um 4,3 Prozent teurer geworden.
- Der digitale Wahlstift kommt vorerst nicht. Zu groß sind die Bedenken.

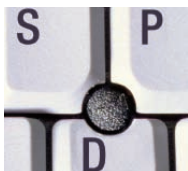
Dezember 2007

- Die neuen Pisa-Ergebnisse zeigen wenig Fortschritte. Noch immer hängt der Bildungserfolg in Deutschland von Herkunft und Einkommen der Eltern ab.



RANDNOTIZ

Im Januar will die CDU mit ihrem Wahlkampf so richtig loslegen. Eine „Michel, Alster, Ole“-Plakataktion mit digital bearbeitetem Bürgermeistergesicht dürfte allerdings kaum ausreichen, um drohende Stimmenverluste abzuwenden. Aber was auch immer die Union uns präsentiert, zumindest wird der Wahlkampf an Fahrt gewinnen. Michael Naumann kann mit seinen Gesprächsrunden zwar Sympathiepunkte sammeln, aber der Reiz der Konfrontation bleibt bislang aus. Es fehlen die zugespitzten Themen – Moorburg, Volksgesetzgebung, Kriminalität, die Schule mit ein oder zwei Säulen – so richtig vom Hocker reißt dies die Hamburger noch nicht. Entsprechend unklar bleibt die Demoskopie. Danach wünschen sich die Hamburger einen Ole mit sozialem Anstrich. Nur den gibt es nicht, auch nicht im schwarz-grünen Gewand. Und so beibt bislang völlig offen, wer am 24. Februar das Rennen machen wird. Der einzig massive Wahlkampfeinsatz seitens der Union war bis dato die Durchsichtung von 4000 Reeperbahnbesuchern. Ob dabei eine einzige Messerstecherei verhindert wurde oder nur eine gigantische Belästigung von Hamburg-Touristen stattfand, bleibt offen. Die neu aufgestellten Schilder gegen Waffen ebenso wie die Kameras sind ein ausreichend deutlicher Ausdruck staatlicher Hilflosigkeit. Und dann war da noch die Plakataktion der Ole-Partei zur angeblichen Rettung der Gymnasien vor den böswilligen Sozis. Diese fiel ins Wasser, da sich die Schulen belästigt fühlten und keine verängstigten Eltern die SPD-Zentrale stürmten. Wir dürfen gespannt sein aufs neue Jahr.



Neujahrsempfang der Fraktion

Am Sonntag, dem 20. Januar 2008, lädt die SPD-Fraktion zum Neujahrsempfang in den Festsaal des Hamburger Rathauses. Als Gastredner für das neue Jahr konnte die Fraktion den Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen, und den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, gewinnen. Mit dabei sind auch Fraktionschef MICHAEL NEUMANN, Spitzenkandidat Michael Naumann sowie der Landesvorsitzende der Hamburger SPD und Bürgerschaftsabgeordnete, INGO EGLOFF.

Der Empfang beginnt diesmal um 11 Uhr. Fraktionschef Neumann wird die Gäste begrüßen. Anschließend werden die Gäste jeweils eine kurze Ansprache halten. Gelegenheit zu Gesprächen gibt es mit zahlreichen Abgeordneten der SPD-Fraktion. Dazu werden Kaffee, Kuchen und Croissants gereicht. Mit einem Glas Prosecco kann auf das neue Jahr angestoßen werden. Die „Hit Jazz Stompers werden Live-Musik im Festsaal präsentieren.

Anmeldungen zum Neujahrsempfang bitte an Susanne Gogolinski-Cordes unter:

Tel.: (040) 42831-1325

Fax: (040) 42831-2435

E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den Email-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburger Rathaus (3. Stock)
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 25
Fax: 428 31 24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de



TERMINE

- 8. Januar 2008, 18.30 Uhr**, Wahlkampfauftakt mit Michael Naumann und Gerhard Schröder, CCH
- 9. Januar 2008, 19.30 Uhr**, Welchen Weg gehen unsere Schulen - Diskussion mit Britta Ernst, Gymnasium Blankenese, Aula, Willhörden 74
- 20. Januar 2008, 11.00 Uhr**, Neujahrsempfang der SPD-Fraktion, Rathaus, Festsaal
- 23. Januar 2008, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 25. Januar 2008, 11.00 Uhr**, Eröffnung der Ausstellung zum Holocaust-Gedenktag, Rathaus, Kaisersaal/Diele
- 28. Januar 2008, 19.00 Uhr**, Kinderarmut in Deutschland - Diskussion mit Carola Veit, Kulturladen Hamm, Carl-Petersen-Straße 76
- 6./7. Februar 2008, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 24. Februar 2008**, Bürgerschaftswahl